

# Parlamentsnews

## Abg. Ulrike Königsberger-Ludwig

Ardaggerstraße 28, A-3300 Amstetten  
Telefon: +43 7472-621 81 6  
Mobil: +43 676 35 85 402  
E-mail: [ulrike.koenigsberger-ludwig@parlament.gv.at](mailto:ulrike.koenigsberger-ludwig@parlament.gv.at)  
[www.ulrike.spoee.at](http://www.ulrike.spoee.at)



## Gemeinsam Partei ergreifen

Liebe Genossinnen, Liebe Genossen!

### Die wichtigsten Themen der Sondersitzung :

Auf Verlangen der Grünen wurde am 4. Oktober eine Sondersitzung anberaumt. Den Beginn machte der Finanzminister mit einer [Erklärung mit dem Titel "Auch in Wahlkampfzeiten: Verantwortung für Steuermittel und Arbeitsplätze"](#) in der er ein Gesetz verlangte, das es künftig verhindert steuergeldrelevante Beschlüsse vor der Wahl zu treffen, sobald es zu einer Auflösung der Koalition gekommen ist. Der ÖVP-Minister Schelling versuchte damit dem Nationalrat seine ureigene Aufgabe abzusprechen, nämlich Gesetze zu beschließen. Die SPÖ dagegen tritt für ein [handlungsfähiges Parlament](#) ein und dafür, dass Gesetze von Mehrheiten und nicht von einzelnen Ministern bestimmt werden.

Nach Vorstellung der ÖVP wäre es nämlich ein Leichtes ungeliebte Gesetze zu blockieren, indem sie – wie vor dem Sommer – eine demokratisch gewählte Regierung platzen lässt. In der Vergangenheit hätte unter diesem Regime kein Bankenpaket beschlossen werden können, keine Abschaffung des Pflegeregresses, oder auch keine Öko-Strom-Novelle stattgefunden. Das vorgebrachte Kostenargument ist insofern fadenscheinig, als es dem Finanzminister auch in den letzten Jahren bereits möglich gewesen wäre dafür Steuerflüchtlinge und –abschleicher in die Pflicht zu nehmen.

Die SPÖ hat einen [Vorschlag eingebracht, der Kinderarmut bekämpft](#) indem er eine Unterhaltsgarantie an der Familienbeihilfe und nicht – so wie der ÖVP-Vorschlag - an die Mindestsicherung der Länder anknüpft, denn davon wäre fast niemand positiv betroffen. Diesen und die gleich folgenden Vorschläge betitelt die ÖVP mit „teuren Wahlzuckerln“. Wir werden aber bis zur Wahl weiter für die Umsetzung kämpfen.

Mit wechselnden Mehrheiten wurden einige [Fristsetzungsanträge](#) angenommen werden, die im kommenden Plenum am 12. Oktober noch debattiert und möglicherweise beschlossen werden: Ein Antrag spricht sich dafür aus, dass Maklergebühren vom Vermieter übernommen werden und nicht vom Mieter. Mit dem Inklusionspaket fordern wir ausreichende finanzielle Mittel für die Arbeitsmarktintegration und weitere Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Außerdem treten wir dafür ein, dass Internatskosten für BerufsschülerInnen künftig von den Betrieben übernommen werden. Schließlich sollen nach unserer Vorstellung Bargeldbehebungen am Bankomaten weiterhin gebührenfrei bleiben. Wir haben damit unsere Standpunkte in diesen Punkten klargestellt. Jenen der anderen Parteien werden wir in der letzten Sitzung vor der Wahl erfahren.

Der eigentliche Grund für die Sondersitzung war aber der [„Dringliche Antrag“ der Grünen zum Thema „Bildungsblockade durchbrechen mit OECD Länderprüfung“](#). Darin enthalten ist die Forderung nach einer

---

Weiterführende Infos unter <http://ulrike.spoee.at/index.php?pid=2261&id=51071>



# Parlamentsnews

## Abg. Ulrike Königsberger-Ludwig

umfassenden Studie über das österreichische Bildungssystem. Die Ergebnisse und Empfehlungen sollen – so die Forderung der Grünen - umgesetzt werden.

Aus SPÖ Sicht gibt es allerdings schon mehr als ausreichend Studien, auch von der OECD. Das Problem liegt viel mehr an der Blockade der [Umsetzung](#) als am Mangel an Verbesserungsvorschlägen. Darüber hinaus wurde mit der jüngsten Bildungsreform, die kurz vor dem Sommer beschlossen werden konnte, eine Vielzahl der Forderungen bereits umgesetzt:

Von klaren Profilen für Leitungsfunktionen über freie Entscheidungsmöglichkeiten beim Lehrpersonal und bei der Gestaltung vom Unterricht, die Ausweitung der Modellregionen, bis hin zur Möglichkeit der Clusterbildung und Aufstellung einer Gesamtstrategie vom Kindergarten bis zur Matura wurden weitreichende Verbesserungen beschlossen, die nun vor Ort umgesetzt werden müssen.

Und damit nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen wird, wurde der Chancenindex entwickelt, der regionale Besonderheiten berücksichtigt und Schulen in Lage mit demografisch schlechter Bildungschancen mit gezieltem Ressourceneinsatz besonders fördert.

Mit der beschlossenen ¾-Milliarde für den Ausbau der ganztägige Schulen sind wir auf einem guten Weg hin zur Chancengleichheit in der Bildung. Allerdings gibt es immer noch unterschiedliche Beiträge für Betreuung und Mittagessen in den Bundesländern. Wir fordern deshalb flächendeckend Gratis-Ganztagschulen um gerade jenen Kindern die Chance auf Bildung zu geben, die sonst auf der Strecke bleiben, weil sich die Eltern die Beiträge und notwendigen Nachhilfestunden nicht leisten können.

Darüber hinaus braucht es auch 5.000 mehr PädagogInnen die vor allem in der Volksschule benötigt werden um mögliche Defizite aus dem Kindergarten auszugleichen. Diese PädagogInnen müssen auch die Möglichkeiten haben Ihre Zeit wirklich in den Klassenzimmern zu verbringen und nicht mit Bürokratie und sonstigen Zusatzaufgaben belastet zu werden. Deshalb haben wir im Rahmen der „Aktion 20.000“ dreitausend Stellen für dringend benötigtes Unterstützungspersonal reserviert. Das entlastet die Lehrkräfte und gibt gleichzeitig arbeitslosen Menschen über 50 Jahren eine Perspektive und eine Chance auf dem Arbeitsmarkt.

### Weitere Beschlüsse und Aktionen:

Aufgrund eines Formalfehlers in der Parlamentsdirektion musste das bereits im Juni abgestimmte [Fremdenrechtsänderungspaket](#) erneut beschlossen werden. Grund dafür sind geringfügige textliche Unterschiede zwischen der beschlossenen Version und jener, die beurkundet und veröffentlicht wurde. Um hier Rechtssicherheit herzustellen und einen verfassungskonformen Gesetzwerdungsprozess zu garantieren, wurde der Beschluss wiederholt.

Auch im [Tierschutzbereich](#) wurde eine Verbesserung beschlossen, die vor allem Tierschutzverbänden rechtliche Klarheit geben soll. Im Frühjahr wurden im Rahmen einer Novelle sehr enge Grenzen normiert, in denen der Internethandel mit Tieren noch erlaubt ist, um den schwer kontrollierbaren, illegalen Handel aus dem Ausland zu unterbinden. Im aktuellen Beschluss wurden dazu Konkretisierungen vorgenommen. Einzelne Tiere dürfen nun mit bestimmten Auflagen online vermittelt werden.

